

1. Die Bildungslandschaft für Natur, Umwelt, Klima und Nachhaltigkeit ist vielfältig, aber oft unterfinanziert. Wie wollen Sie deren Ressourcen sichern und die Trägervielfalt in Berlin nachhaltig fördern?

Für das BSW Tempelhof-Schöneberg ist Bildung eine wesentliche Voraussetzung für Chancengleichheit. Dabei endet Bildung für uns nicht an der Schultür. Außerschulische Lernorte, Vereine, Initiativen und freie Träger leisten wichtige Arbeit und können Schulen und Familien sinnvoll ergänzen. In unserem Bezirkswahlprogramm fordern wir deshalb ausdrücklich mehr außerschulische Lernorte, insbesondere im Süden unseres Bezirks, und nennen beispielsweise Gartenarbeits- und Jugendverkehrsschulen. Ebenso setzen wir auf eine stärkere Zusammenarbeit der Schulen mit externen Partnern.

Wir wollen diese Vielfalt erhalten. Fördermittel müssen deshalb so ausgestaltet sein, dass nicht nur große Träger mit entsprechenden Verwaltungsstrukturen zum Zuge kommen. Auch kleinere Vereine, lokale Initiativen und ehrenamtlich getragene Angebote müssen eine realistische Chance auf Unterstützung haben. Förderverfahren sollten einfacher, transparenter und mit weniger bürokratischem Aufwand verbunden sein.

Gleichzeitig muss bei der Verwendung öffentlicher Mittel gelten: dauerhaft wirksame Angebote haben Vorrang vor kurzfristigen Prestige- und Symbolprojekten.

Umweltbildung soll konkret erfahrbar sein und Kinder und Erwachsene befähigen, Natur und Umwelt zu verstehen und verantwortungsvoll mit ihnen umzugehen.

2. Werden Sie eine Umwandlung der Umweltbildung von der Projektfinanzierung hin zu einer verlässlichen institutionellen Förderung unterstützen?

Grundsätzlich ja. Wo sich Strukturen über Jahre bewährt haben und dauerhaft Aufgaben erfüllen, ist es wenig sinnvoll, ihre Existenz immer wieder von kurzfristigen Projektanträgen abhängig zu machen.

Wir unterscheiden allerdings zwischen der dauerhaften Finanzierung notwendiger Strukturen und einem Automatismus, nach dem jedes einmal geförderte Projekt dauerhaft finanziert werden muss. Institutionelle Förderung sollte an transparente Kriterien, nachvollziehbare Aufgaben und eine regelmäßige Evaluation gebunden sein.

Gerade Einrichtungen, die Schulen, Kitas, Familien und andere Bildungsträger miteinander vernetzen und dauerhaft Bildungsangebote bereitstellen, brauchen Planungssicherheit. Unser Programm setzt generell auf Kooperationen mit externen Partnern und auf die Stärkung außerschulischer Lernorte.

Unser Grundsatz lautet daher: verlässliche Finanzierung für verlässliche Aufgaben – verbunden mit Transparenz über Wirkung und Verwendung öffentlicher Mittel.

3. Die Koordinierungsstellen haben bis heute keine langfristige Planungssicherheit. Welche Strategie verfolgt Ihre Partei?

Sieben Jahre erfolgreicher Bildungs- und Vernetzungsarbeit, wie NaturStadt.Berlin sie für die Koordinierungsstellen beschreibt, sprechen dafür, solche Strukturen nicht dauerhaft wie kurzfristige Modellprojekte zu behandeln.

Wir wollen deshalb prüfen, wie erfolgreiche und nachweislich benötigte Koordinierungsstrukturen in eine längerfristige Finanzierung überführt werden können. Entscheidend sind für uns klare Aufgaben, transparente Mittelverwendung und eine nachvollziehbare Evaluation.

Dabei sollte insbesondere die bezirkliche Verankerung gestärkt werden. Berlin ist nicht überall gleich. Die Herausforderungen in Schöneberg unterscheiden sich teilweise deutlich von denen in Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde oder Lichtenrade. Lokale Koordinierungsstellen können hier eine wichtige Schnittstelle zwischen Schulen, Kitas, Bezirksverwaltung, Vereinen, Initiativen und anderen Bildungsträgern darstellen.

Für Tempelhof-Schöneberg ist uns außerdem wichtig, dass der Süden des Bezirks stärker berücksichtigt wird. Unser Programm sieht dort ausdrücklich den Ausbau bestehender Angebote und neue multifunktionale Strukturen vor.

4. Mit welchen Instrumenten wollen Sie die verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit in Berlin stärken?

Ein Kernproblem der Berliner Verwaltung besteht aus unserer Sicht darin, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Träger zu häufig zwischen Zuständigkeiten hin- und hergeschickt werden. Unser Ziel ist deshalb ausdrücklich: weniger Formulare, kürzere Wege und mehr Lösungen statt Zuständigkeitsgerangel.

Das muss auch für Umwelt- und Bildungsprojekte gelten. Wenn ein Vorhaben gleichzeitig Schule, Jugend, Umwelt, Gesundheit oder Stadtentwicklung betrifft, dürfen Ressortgrenzen nicht dazu führen, dass ein sinnvolles Projekt scheitert.

Wir setzen deshalb auf feste ressortübergreifende Arbeitsstrukturen, klar benannte Ansprechpartner und eine stärkere digitale Zusammenarbeit der beteiligten Stellen. Bei größeren Projekten sollte frühzeitig geklärt werden, welches Ressort federführend ist und welche weiteren Stellen verbindlich beteiligt werden.

Dass eine solche Zusammenarbeit funktionieren kann, ist auch in anderen Bereichen Bestandteil unseres Programms: Beim Katastrophenschutz fordern wir beispielsweise ausdrücklich eine enge Zusammenarbeit zwischen Bezirksamt, Feuerwehr, Hilfsorganisationen, sozialen Trägern und ehrenamtlichen Initiativen.

Dieses Prinzip – klare Zuständigkeit bei gleichzeitig vernetztem Handeln – wollen wir auch auf Bildung und Umwelt übertragen.

5. Welche Strategie verfolgt Ihre Partei, um Umwelt- und Bildungsgerechtigkeit speziell in sozial benachteiligten Stadtquartieren herzustellen?

Umwelt- und Bildungsgerechtigkeit darf nicht davon abhängen, in welchem Kiez ein Kind aufwächst oder wie hoch das Einkommen seiner Eltern ist. Für uns bedeutet soziale Gerechtigkeit ausdrücklich gesellschaftliche Teilhabe – beim Wohnen, bei der Naherholung, bei der Gesundheit und insbesondere dort, wo Kinder und Familien betroffen sind.

Deshalb wollen wir Angebote möglichst wohnortnah und niedrigschwellig organisieren. Schulen und Kitas sind hierfür besonders wichtige Partner. Außerschulische Lernorte müssen auch für Kinder erreichbar sein, deren Familien entsprechende Angebote nicht selbst finanzieren können.

Besonders wichtig ist uns, dass Angebote nicht ausschließlich in ohnehin gut versorgten Innenstadtlagen konzentriert werden. Unser Bezirkswahlprogramm fordert ausdrücklich mehr außerschulische Lernorte im Süden Tempelhof-Schönebergs.

Zugleich wollen wir Quartiersmanagement dort verstetigen und gezielt ausbauen, wo besondere soziale Herausforderungen bestehen. Verwaltung, soziale Träger, Streetwork, Initiativen und Bürgerschaft sollen dort enger zusammenarbeiten.

Umweltbildung darf deshalb kein Angebot nur für diejenigen sein, die ohnehin über Zeit, Geld und entsprechende Zugänge verfügen. Naturerfahrung und Umweltbildung müssen für alle Kinder erreichbar sein.

6. Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Erhalt und Ausbau der Grünflächen und grünen Lernorte bei städtischen Planungsvorhaben verbindlich gewährleistet ist?

Hier ist unsere Position besonders eindeutig. Eine intakte grüne Infrastruktur gehört für uns zur Lebensqualität und zur Daseinsvorsorge einer lebenswerten Stadt. Wir setzen uns für den Erhalt von Kleingartenanlagen, Friedhofsflächen, begrünten Innenhöfen und insbesondere des vorhandenen Baumbestandes ein. Wo Veränderungen unvermeidbar sind, soll beispielsweise geprüft werden, ob Bäume umgesetzt werden können, bevor sie gefällt werden. Unbestreitbar müssen wir mehr Bäume pflanzen, mehr Brunnen zur Verfügung stellen und Bänke aufbauen, damit Menschen sich begegnen können und miteinander reden können.

Aus diesem Grund wollen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums vorrangig bereits versiegelte Flächen nutzen, um zusätzliche Wohnungen zu schaffen, ohne weitere Grünflächen zu belasten.

Neue Quartiere müssen außerdem ganzheitlich geplant werden. Wohnungsbau, Schulen und Kitas, Grünflächen, Nahversorgung und öffentlicher Nahverkehr müssen von Beginn an gemeinsam betrachtet werden. Auch die Beteiligung der ansässigen Bevölkerung und der Naturbildungsprojekte gehören für uns selbstverständlich dazu.

Diese Linie entspricht auch unserem Ansatz aus den bisherigen Gesprächen und Wahlprüfsteinen in Mariendorf (Interessensgemeinschaft Mariendorf): Stadtentwicklung

darf nicht gegen die Menschen vor Ort und nicht auf Kosten gewachsener Grün- und Erholungsräume erfolgen. Beteiligung muss frühzeitig stattfinden und darf keine reine Informationsveranstaltung sein, nachdem die wesentlichen Entscheidungen bereits gefallen sind.

Dabei verbinden wir Naturschutz mit Nutzbarkeit. Grünflächen sollen nicht nur auf dem Papier geschützt sein, sondern gepflegt, sauber, zugänglich und als Orte für Erholung, Begegnung und Bildung tatsächlich nutzbar bleiben. Dazu gehören mehr Pflege, ausreichend Mülleimer, eine bessere Beschilderung sowie der Ausbau und die Pflege von Straßenbegleitgrün.

Unser Grundsatz lautet daher: Grün erhalten, vorhandene versiegelte Flächen besser nutzen, neue Quartiere mit sozialer und grüner Infrastruktur gemeinsam planen und die Menschen vor Ort frühzeitig und verbindlich beteiligen.

Marvin Simmons, BSW

Spitzenkandidat für die BVV-Wahl

00491755916186